

**#unteilbar: Solidarität mit
Opfern rechter, rassistischer
& antisemitischer Gewalt**

UNABHÄNGIGE BERATUNGSSTELLEN FÜR DIE BETROFFENEN

VBRG

VERBAND DER BERATUNGSSTELLEN FÜR
BETROFFENE RECHTER, RASSISTISCHER
UND ANTISEMITISCHER GEWALT E.V.

VERBAND-BRG.DE

informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

Nummer 55 | WINTER 2018

#unteilbar – Solidarität statt Ausgrenzung

Seite 3: Vor Gericht Merseburg: Gravierende Folgen nach rassistischen Angriff

Seite 5: Vor Gericht Magdeburg: Rassistischer Wiederholungstäter zu Haftstrafe verurteilt

Seite 7: Interview mit Laura und Victoria vom „(un) Sichtbar – Netzwerk für Women* of Color
Magdeburg“ zu Perspektiven auf Rassismus

Seite 10: Analyse rassistischer Mobilisierungen: Rück- und Ausblicke

Seite 12: Interview mit dem Soziologen Matthias Quent zum Umgang mit der Extremismus-Doktrin

Seite 15: Vor Ort in Salzwedel: Mehr Solidarität gegen rechte Gewalt

Seite 18: „Das Ziel ist, unsere Arbeit zu beenden“ – Erklärung zu den Angriffen auf Miteinander e.V.

Seite 20: Lesetipp: „Leerstelle Rassismus? Analysen und Handlungsmöglichkeiten nach dem NSU“
Filmtipp: „Zusammen haben wir eine Chance“

► beraten ◀

▲ unterstützen ▲

intervenieren ►►

Liebe Freund*innen, liebe Leser*innen,

wenn Sie und Ihr diesen Newsletter in der Hand haltet, dann liegen die rassistischen Mobilisierungen in Chemnitz und Köthen schon einige Monate zurück. So wie auch die Manifestationen für eine vielfältige Gesellschaft durch die 60.000 Teilnehmer*innen des Konzerts „Wir sind mehr“ in Chemnitz und der Viertelmillionen Menschen, die an der #unteilbar-Demonstration in Berlin teilnahmen. Die sich darin widerspiegelnde gesellschaftliche Realität ist gleichzeitig auch ein Ausblick auf 2019: Eine zunehmende Polarisierung, die mit vehementen Angriffen auf gesellschaftliche Minderheiten, die im Grundgesetz geschützten Rechte aller in Deutschland lebenden Menschen und der immer weitergehenden Normalisierung von rassistischen, antisemitischen und minderheitenfeindlichen Positionen einhergeht. Aber glücklicherweise auch mit immer mehr Menschen, die sich offensiv für eine vielfältige, solidarische Gesellschaft engagieren.

Die Ereignisse nach dem gewaltsamen Tod des 35-jährigen Daniel H. in Chemnitz am 24. August 2018 – dessen Angehörige sich vergeblich gegen eine Instrumentalisierung durch die extreme Rechte gewehrt haben – und die nachfolgenden Reaktionen von Neonazis und Rassist*innen, Politik, Zivilgesellschaft, Medien, Strafverfolgungsbehörden und Verfassungsschutzbehörden beeinflussen noch immer den Alltag vieler Menschen. Das wird auch in dem Interview mit zwei Aktivistinnen des (un)–Sichtbar Netzwerks in Magdeburg auf S. 7 deutlich. Auf S. 10/11 analysieren wir die Mobilisierungen.

In einer beunruhigenden Parallele zu den politischen und gesellschaftlichen Reaktionen auf die erste Welle rassistischer Gewalt in den 1990er Jahren – die den Ausgangspunkt für rechtsterroristische Netzwerke wie den NSU bildeten – wird vielerorts mit Hilfe der „Extremismuskonzepte“ demokratisches Engagement diskreditiert. Im Interview auf S. 12ff. mit dem Jenaer Soziologen Matthias Quent fragen wir nach den Auswirkungen des Extremismus-Diskurses.

Und dennoch: Gemeinsam mit Ihnen und Euch wollen wir auch mit einem großen Dank und viel Hoffnung in das Jahr 2019 starten: mit Dank für Ihre und Eure sichtbare Solidarität für die Betroffenen rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt. Und mit der Hoffnung, dass wir mehr sind und mehr werden, die nicht zulassen, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden und vor Ort für eine solidarische, demokratische Gesellschaft eintreten. ■

Das Team der Mobilen Opferberatung

Die **informationen** der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt erscheinen mehrmals im Jahr kostenlos und können auch per E-Mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die **informationen** bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, schreibt bitte an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt
Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de
Redaktion: Pascal Begrich (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Edition Krannich Druck: Druckzuck (Halle/Saale)
Titelmotiv: #unteilbar-Demonstration am 13. Oktober 2018 in Berlin

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

getragen von:



Miteinander
Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ, des BAFzA bzw. des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms

und mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**



SACHSEN-ANHALT
Ministerium für
Arbeit, Soziales und
Integration



SACHSEN-ANHALT
Landeszentrale
für politische Bildung

GRAVIERENDE FOLGEN NACH RASSISTISCHEN ANGRIFF IN MERSEBURG

„An manchen Tagen“, sagt Jeffrey M. aus Merseburg, sei ihm inzwischen „nur noch zum Weinen zumute“. Am Abend des 6. Oktober 2016 hatte sich der ehemalige Profifußballer mit seiner Lebensgefährtin und den Enkelkindern gerade an den Abendbrottisch gesetzt, als zwei Unbekannte stürmisch an der Wohnungstür klingeln und klopfen. Jeffrey M. öffnet schließlich zögernd. Die darauffolgenden Minuten erschüttern das Leben der ganzen Familie bis heute: „Zwei Männer, die ich noch nie zuvor gesehen hatte, drängten sich an mir vorbei in die Wohnung. Einer der beiden hatte eine Brille und einen Schlagstock dabei, der andere trug eine Wollmütze tief ins Gesicht gezogen und hatte einen Schlagring. Sie schrien, ich solle die ‚Kanakenmusik‘ ausmachen und schlugen wie von Sinnen auf mich ein.“ Jeffrey M. sagt, sein erster Gedanken sei gewesen: „They are going to kill me – sie werden mich töten.“

Während ihm schon das Blut übers Gesicht läuft, weil der ältere der beiden Angreifer mit seinem ersten Schlag auf Jeffrey M.'s Kopf zielt und ihn knapp oberhalb des rechten Auges trifft, gelingt es dem knapp 1,82 cm großen, sportlichen Jeffrey M., die beiden Männer aus dem engen Flur seiner kleinen Wohnung in die Küche zu drängen. Wenigstens die Kinder, hofft er, würden so verschont bleiben. Während Jeffrey M. dann schützend die Arme über seinen Kopf hält, wirft einer der Angreifer das auf dem Küchentisch liegende Handy auf den Boden und zerstört es mit einem gezielten Tritt. Dann reißt Angela R. die Küchentür auf. Die zierliche, knapp 1,68 cm große Frau versucht ihrem Lebensgefährten beizustehen, den immer noch Schläge auf den Brustkorb, die Wirbelsäule und die Arme treffen. Hinter Angela R. drängt sich weinend der 5-jährige Enkel in die enge Küche: Der nächste Schlagstockhieb gilt Angela R.'s Kopf. Als sie blutend und bewusstlos zu Boden geht, trifft ein weiterer Schlag den Fünfjährigen – ebenfalls am Kopf. Der jüngere Mann mit der Wollmütze verlässt dann fluchtartig die Wohnung. Als es Jeffrey M. endlich gelingt, den verbliebenen Angreifer durch den Flur aus der Wohnung zu drängen und die Tür zuzuziehen, brüllt der Mann mit der Brille, er habe seinen Wohnungsschlüssel vergessen, den wolle er zurückhaben.

„KEIN FREMDENFEINDLICHES MOTIV“

Als das Amtsgericht Merseburg im März 2018 endlich die Hauptverhandlung eröffnet, liegt der Angriff eineinhalb Jahre zurück. Jeffrey M. und seine Lebensgefährtin ringen in diesen Monaten verzweifelt um die Rückkehr zur Normalität. Angela R. verlässt ohne Begleitung kaum noch die Wohnung, zu groß ist ihre Angst vor Begegnungen mit den Angreifern auf ihren Wegen in der Nachbarschaft. Beide Erwachsene leiden unter Kopfschmerzen, Schlafstörungen; Jeffrey M. kann nach den Schlägen

DANK AN ALLE SPENDER*INNEN UND BITTE UM WEITERE UNTERSTÜTZUNG!

Im vergangenen Jahr haben Sie und Ihr mit Spenden in Höhe von insgesamt 3.863 Euro für den Opferfonds bei Miteinander e.V. sehr konkret dazu beigetragen, dass Betroffene rechter und rassistischer Gewalt dringend notwendige materielle Hilfe und Unterstützung erhalten konnten. Im Namen der Betroffenen und Miteinander e.V. möchten wir uns von Herzen bei Ihnen und Euch für dieses ermutigende Zeichen der direkten Solidarität bedanken!

Mit Hilfe der Spendengelder konnte beispielsweise die Brille und Schulsachen eines 12-Jährigen ersetzt werden, die bei einem rassistischen Angriff zerstört wurden. In einem anderen Fall konnte ein Betroffener rassistischer Gewalt während des langwierigen Aufenthalts in einer Fachklinik durch die Fahrtkostenübernahmen Besuch durch seine Freunde erhalten. Und nachdem eine Familie über längere Zeit rassistischer Hetze ausgesetzt war, konnten sie durch einen Zuschuss des Opferfonds bei einem Ausflug endlich wieder unbeschwert zusammen sein. Insgesamt konnte der Opferfonds in 2018 mit Hilfe von Rücklagen aus den vergangenen Jahren Anträge auf materielle Unterstützung in Höhe von 4.960 Euro bewilligen. Angesichts der anhaltenden rassistischen und rechten Gewalt ist der Opferfonds weiterhin dringend auf Ihre und Eure Spenden angewiesen! Herzlichen Dank!

Kontoinhaber: Miteinander e.V.

IBAN: DE84 8102 0500 0008 4734 01

BLZ: BFSWDE33MAG

Bank f. Sozialwirtschaft Magdeburg

Verwendungszweck:

Opferfonds / ggf. Stichwort zum konkreten Fall

Spenden an den Opferfonds sind steuerlich abzugsfähig.

13. JANUAR MAGDEBURG

Gegen 17:45 Uhr wird eine 33-jährige Deutsche mit indischem Migrationshintergrund aus einer Gruppe von Unbekannten heraus vor einem Supermarkt rassistisch beleidigt und angerepelt.

Als ihr 10-jähriger Sohn daraufhin den sog. „Stinkefinger“ zeigt, folgt ihnen ein Mann in den Supermarkt und schlägt unter weiteren rassistischen Beschimpfungen erst der Frau gegen den Hals und dann dem Jungen ins Gesicht. Zudem würgt er das Kind solange bis ein Zeuge helfend eingreift.

Zeug*innen beschreiben den Täter später als augenscheinlich der rechten Szene zugehörig.

9. FEBRUAR HALLE (SAALE)

Am späten Abend werden zwei indische Fahrgäste in einer Straßenbahn von einer 66-jährigen Frau und ihrem Sohn rassistisch beleidigt. Besonders die

Frau fordert die beiden auf, „dorthin zu gehen, wo sie hergekommen sind“ und dass man „sie alle vergasen sollte“. Als ein anderer Fahrgast interveniert, schlägt ihm die 66-Jährige mit der flachen Hand ins Gesicht. Die Polizei stellt noch vor Ort die Personalien der beiden erheblich alkoholisierten Tatverdächtigen fest und ermittelt wegen Volksverhetzung und Körperverletzung.

auf dem rechten Auge nur noch schlecht sehen. „Die Kinder fragen immer wieder, warum die bösen Männer in unsere Wohnung gekommen sind und ob sie wiederkommen“, sagt er. „Wir müssen sie dann abends immer beruhigen, aber das ist wirklich nicht einfach.“

Dennoch: Als der Staatsanwalt in seinem Plädoyer unter Anwendung der Neuregelung von §46 Abs. 2 Satz 2 StGB fordert, das rassistische Motiv der Angreifer bei der Strafzumessung strafscharfend zu bewerten, sind Jeffrey M. und Angela R. erleichtert. Doch das Amtsgericht erklärt in der mündlichen Urteilsbegründung, man habe nicht klären können, ob Rassismus das Tatmotiv gewesen sei. Die beiden nicht vorbestraften Männer werden lediglich zu Bewährungsstrafen von 14 und 16 Monaten und einigen Stunden Sozialdienst bzw. einer geringfügigen Geldstrafe von 200 Euro verurteilt. Zugunsten von Günther H. sei u.a. anzunehmen, so der Richter, dass sein NPD-Mitgliedsausweis und sein Reichsbürger-Führerschein zur Tatzeit vielleicht abgelaufen gewesen seien – der Polizeibeamte habe es versäumt, ein Datum der Ausweise zu notieren. Dass Günther H. nur zwei Jahre vor dem Angriff öffentlich für die NPD kandidiert hatte, erwähnt niemand im Gerichtssaal. In seiner schriftlichen Urteilsbegründung hält das Gericht dann fest: „Soweit bei dem Angeklagten H. ein NPD-Mitgliedsausweis und ein Reichsbürger-Führerschein festgestellt wurden, konnten zur Überzeugung des Gerichts, auch wenn in der Wohnung des Geschädigten das Wort Kanakenmusik gefallen sein mag, ein fremdenfeindliches Motiv für die Tat nicht festgestellt werden.“

Trotz des niedrigen Strafmaßes hat Günther H. Berufung gegen das Urteil eingelegt. Für Jeffrey M. hat die Nichtanerkennung des rassistischen Strafmaßes auch für seinen Aufenthalt dramatische Auswirkungen: Die Ausländerbehörde Merseburg hat mit Verweis auf das Urteil seinen Antrag auf Duldung als Opfer rassistischer Gewalt zumindest bis Ende des Berufungsprozesses, wo er als Nebenkläger auftritt, abgelehnt. Sie sehe kein öffentliches Interesse für einen Verbleib in Deutschland. So ist Jeffrey M., der lediglich lediglich gekürzte und auf Gutscheine umgestellte Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhält, weiterhin von Abschiebung bedroht. „Sie sind in meine Wohnung gekommen, because I am Black“, sagt Jeffrey M. und fügt hinzu: „Alle hier denken, wir sind schlecht, wir sind diejenigen, die Probleme machen. Dabei sind wir es doch, die hier Schutz brauchen.“ ■

Eine lange Reportage über die Folgen rassistischer Gewalt am Beispiel von Jeffrey M. und Zia Z. im aktuellen Heft der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ unter dem Titel „Sie sind in meine Wohnung gekommen, because I am black“ erschienen. Mehr Informationen zur Zeitschrift unter <http://www.wochenschau-verlag.de/radikalisierung-2655.html>, wo ein Gratis-Probeheft bestellt werden kann. Die Reportage ist auch unter www.mobile-opferberatung.de abrufbar.

RASSISTISCHER WIEDERHOLUNGSTÄTER ZU HAFTSTRAFE VERURTEILT

Insgesamt 35 Anklagepunkte hatte die Staatsanwaltschaft Magdeburg gegen den 61-jährigen Wolfgang R. zusammengetragen. Doch erst im zweiten Anlauf kam es im Mai 2018 zu einer Verurteilung von Wolfgang R. wegen knapp 20 der angeklagten Delikte, nachdem ein erster Prozess nach neun Verhandlungstagen abgebrochen worden war. Der 61-Jährige hatte in Magdeburg in den Jahren 2016 und 2017 immer wieder Menschen – vor allem im öffentlichen Raum – massiv rassistisch und antisemitisch beleidigt, bedroht und gewaltsam attackiert. Nach über 50 Zeug*innenaussagen fiel im Mai 2018 dann ein Urteil: Wegen vorsätzlicher und versuchter Körperverletzung in mehreren Fällen, Beleidigung in Tatmehrheit mit Körperverletzung, Beleidigung in neun Fällen, Bedrohung sowie dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Ordnung verurteilte das Landgericht Magdeburg den 61-jährigen arbeitslosen Alkoholkranken zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und neun Monaten.

AGGRESSIVER ANTISEMITISMUS, RASSISMUS UND FRAUENHASS

Offenbar betrachtete Wolfgang R. das Straßenbahn-Netz von Magdeburg als sein „Revier“, in dem er mehr als ein Jahr lang ungehindert und ohne Konsequenzen Jagd auf Menschen machen konnte, die seinen extrem rechten Feindbildern entsprachen: Frauen, Geflüchtete und Schwarze Deutsche. Zeug*innen beschrieben einen Wiederholungstäter, der von offensivem Rassismus gepaart mit antisemitischen Vernichtungsandrohungen und massivem Frauenhass geleitet wurde.

Viele der Zeug*innen schilderten vor dem Schöffengericht im Frühjahr 2018 auch eindrücklich, wie Wolfgang R. sie im öffentlichen Raum attackiert hatte und die Angriffe ihren Alltag nachhaltig veränderten. Darunter war etwa die 28-jährige Sozialpädagogin Anna W. *. Sie hatte im Mai 2016 in der Straßenbahn Wolfgang R. beobachtet, als er zwei syrische Geflüchtete rassistisch beleidigte. Anna W. versuchte daraufhin den Angeklagten zum Aufhören zu bewegen und wurde so selbst zur Zielscheibe seiner Aggressionen. Wolfgang R. beleidigte Anna W. sexistisch und rassistisch, schließlich bedrohte er sie mit einer Bierflasche. Als der 24-jährige syrische Koch Rami A. der Sozialpädagogin zu Hilfe kam, verletzte ihn Wolfgang R. am Arm. Erst nachdem ein weiterer Mann eingriff und den Angeklagten aus der Straßenbahn verwies, konnte der Angriff beendet werden. Wie auch bei allen anderen angeklagten Taten, war Wolfgang R. alkoholisiert gewesen. Anna W. sagte vor Gericht auch, dass sie die bedrohliche Situation noch lange verfolgt habe: Sie habe es aus diesem Grund über einen langen Zeitraum vermieden, Straßenbahn zu fahren.

14. FEBRUAR SCHÖNEBECK [SALZLANDKREIS]

Gegen 18:30 Uhr werden zwei 12- und 16-jährige Syrer sowie ein 15-jähriger Iraker aus einer Gruppe Unbekannter heraus erst angesprochen und rassistisch beleidigt. Dann werden die Geflüchteten von zwei Unbekannten angegriffen. Der 15-Jährige musste aufgrund seiner Verletzungen ambulant im Krankenhaus behandelt werden.

6. MÄRZ EILSLEBEN [BÖRDE]

Gegen 18 Uhr ist ein 21-jähriger Afghane auf dem Weg zum Fußballtraining, als er aus einer Gruppe von drei Männern heraus zunächst angerempelt, rassistisch beschimpft und in der Folge von einem der Unbekannten mehrfach geschlagen wird. Der Betroffene erstattet daraufhin Anzeige bei der Polizei.

18. MÄRZ BRAUNSBEDRA [SAALEKREIS]

In einer Diskothek wird gegen 2:30 Uhr ein 42-jähriger Mann mit iranischen Migrationshintergrund von einem 25-jährigen Gast u.a. als „Scheiß Kümmeltürke“ rassistisch beleidigt und anschließend körperlich angegriffen. Gegen den Täter wurde Anzeige erstattet.

12. APRIL SALZWEDEL (ALTMARKKREIS SALZWEDEL)

Gegen 23.30 Uhr ist eine junge Frau mit dem Auto auf dem Nachhauseweg, als ein ihr entgegenkommender PKW plötzlich wendet und ihr folgt.

Die 19-Jährige kann das vollbesetzte Fahrzeug einem stadtbekannten Rechten zuordnen. Dann biegen die Verfolger ab, um kurz darauf in einer engen Straße erneut auf sie zu zufahren und das so schnell, dass sie einem Zusammenstoß nur knapp entgeht. Dabei wirft einer der Insassen eine volle Flasche gegen ihre Windschutzscheibe, die dadurch beschädigt wird. Die junge Frau wird weiter verfolgt und bei einem Überholmanöver wird ihr noch eine Flasche gegen das Auto geworfen. Ähnliche Verfolgungsjagden erlebte die 19-Jährige in den vergangenen Monaten mehrfach.

21. APRIL HALLE (SAALE)

Gegen 3:30 Uhr wird ein 18-jähriger Somalier in der Innenstadt aus einer Gruppe heraus angegriffen. Mehrere Personen halten den 18-Jährigen fest und einer schlägt ihm mit einer Glasflasche auf den Kopf. Weil zufällig eine Polizeistreife auftaucht, flüchten die Täter. Zeugen berichteten, dass vor dem Angriff mehrmals „Sieg-Heil“ gerufen wurde. Der 18-Jährige muss ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung und dem Verwenden von Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen.

„ER HAT MICH WEGEN MEINER HAUTFARBE AUSGEWÄHLT.“

Auch die 25-jährige Schwarze Deutsche Jasmin P. wurde im Mai 2016 beim Warten an einer Bushaltestelle unvermittelt von dem Angeklagten massiv rassistisch beleidigt. Und auch bei ihr steigerte der Angeklagte seine Beleidigungen bis hin zur Gewaltandrohung, indem er mit der Bierflasche versuchte, den Kopf der Zeugin zu treffen. Jasmin P. gelang es zwar, die Polizei zu verständigen und einer körperlichen Verletzung zu entgehen. Doch - so wie mehrere Zeug*innen vor ihr – betonte auch Jasmin P. die psychischen Folgen des Angriffs. So leidet sie immer noch unter Panikattacken. Das Motiv des Angeklagten sei eindeutig gewesen: „Er hat mich wegen meiner Hautfarbe ausgewählt.“

Eine weitere Zeugin, die 53-jährige Ute A., beschrieb vor Gericht, dass sie im April 2016 beobachtet hatte, wie der Angeklagte eine offensichtlich bettelnde, ältere Frau zunächst extrem rassistisch beschimpfte und sie dann mit hoch erhobener Bierflasche bedrohte, um ihre Gelddose zu stehlen. In der Annahme der Mann würde die verängstigte Frau gleich schlagen, hatte sich Uta A. dann schützend mit ihrem Fahrrad vor die ältere Frau gestellt. Daraufhin schlug Wolfgang R. die Zeugin so massiv auf den Rücken, dass sie fast auf die Frau gestürzt wäre, die sie schützen wollte. Erst als weitere Zeug*innen intervenierten und die Polizei verständigten, entfernte er sich. Uta A. erzählte auch, wie sie schon zuvor in der Straßenbahn einschreiten musste, als der Angeklagte zwei junge Frauen rassistisch beschimpft hatte.

LANGE VERFAHRENSDAUER

Schon zwischen Oktober und Dezember 2017 hatte ein Großteil der im Frühjahr 2018 geladenen Zeug*innen vor dem Amtsgericht Magdeburg ausgesagt. In dem ersten Prozess gegen Wolfgang R. war jedoch nach neun Verhandlungstagen kein Urteil gefallen: Das Schöffengericht hatte damals das Verfahren gegen den alkoholabhängigen Angeklagten – gestützt auf ein psychiatrisches Gutachten, wonach Wolfgang R. möglicherweise aufgrund jahrelanger Alkoholabhängigkeit und daraus eventuell resultierenden hirnganischen Störungen für vermindert schuldfähig zu betrachten sei – dem Landgericht Magdeburg vorgelegt. Denn das Gutachten hatte auch festgestellt, dass von dem Angeklagten weitere Straftaten zu erwarten seien. Das Landgericht ordnete daraufhin zunächst die einstweilige Unterbringung des Angeklagten im Dezember 2017 in einem psychiatrischen Fachkrankenhaus und dann eine Überstellung in die JVA Burg an und eröffnete ein neues Verfahren gegen ihn, das im Mai 2018 mit der Verurteilung endete. Von einer Therapieaufgabe sah das Gericht mangels Erfolgsaussicht ebenso ab wie von einem schärferen Strafmaß nach §46 Abs. 2 Satz 2, wonach „fremdenfeindliche“ und andere menschenfeindliche Einstellungen strafscharfend zu berücksichtigen seien: trotz der offensichtlichen rassistischen und antisemitischen Tatmotivation des Angeklagten. ■

* Namen der Zeuginnen geändert

„RASSISMUS IST FÜR UNS NICHT NUR SICHTBAR, SONDERN AUCH IMMER PHYSISCH UND EMOTIONAL SPÜRBAR.“

Die Initiative „(un) Sichtbar – Netzwerk für Women* of Color Magdeburg“ setzt sich gegen Rassismus ein und will Räume für Empowerment schaffen. Laura und Victoria berichten im Interview mit der Mobilen Opferberatung über die Gruppe, die sich sowohl an in Deutschland aufgewachsene Frauen* als auch an neu Zugezogene richtet, die sich als Schwarz, Afrodeutsch oder Women* of Color bezeichnen und politisch aktiv werden wollen.

Welche Frage zum Thema Rassismus wird zu selten gestellt?

Laura: ‚Wie geht es dir mit den rassistischen Ausschreitungen?‘ Viel zu selten wird zwischen Ereignissen wie in Chemnitz und mir bzw. generell allen rassismuserfahrenen Personen eine Verbindung hergestellt. Die ist aber da. Es betrifft eben auch mich, wenn eine Person* of Color rassistisch behandelt wird – egal, wo das geschieht.

Victoria: Gerade nach Chemnitz, Köthen oder auch den Erfolgen der AfD kam nie die Frage danach, wie es mir oder uns damit geht, wie wir uns fühlen. Kein einziges Mal. *Weiß*e Menschen sollten ihre Privilegien checken und sich klar machen, dass sie eine Wahl haben, was zu tun oder nicht. Wir haben diese Wahl nicht!

Aus welchen Gründen nennt sich Eure Initiative „(un) Sichtbar“?

Laura: Dieses Wortspiel drückt sehr gut aus, wie Women* of Color wahrgenommen werden und sich wahrgenommen fühlen. Durch bewusste Ausgrenzungen werden wir unsichtbar gemacht, obwohl wir aufgrund uns zugeschriebener Merkmale immer sichtbar sind. Der Name drückt auch eine Forderung aus: Uns geht es um die Anerkennung, dass wir ein selbstverständlicher Teil dieser Gesellschaft sind und gleichberechtigten Zugang zu allen Lebensbereichen und politische Teilhabe haben wollen. Victoria: Das kleingeschriebene, in Klammern gesetzte „un“ und das großgeschriebene „Sichtbar“ sagt: wir werden gesellschaftlich nicht mitgedacht, aber sind sichtbar. Wir finden: Diese Sichtbarkeit soll sich nicht nur auf Äußerlichkeiten beschränken. Im Netzwerk sind Frauen* vertreten, die unterschiedliche Rassismuserfahrungen machen. Beispielsweise aufgrund ihrer Religion oder ihrer nicht-deutschen Herkunft. Wir wünschen uns, dass sich alle Women* of Color und Schwarze Frauen* von der Arbeit des Netzwerkwerks angesprochen und eingeladen fühlen.

Wo und wie wird Rassismus für Euch sichtbar?

Victoria: Ich habe das schon in der Grundschule wahrgenommen, wenn ältere Schüler*innen mich mit dem N-Wort beschimpft haben. Damals habe ich keinen Zusammenhang zu meiner Hautfarbe hergestellt. Aber je älter ich bin, desto klarer wird mir, worum es geht.

Laura: Ich habe schon seit meiner Kindheit physische und verbale Attak-

28. APRIL SALZWEDEL (ALTMARKKREIS SALZWEDEL)

Vier junge Leute sitzen in einem Imbiss, als ein stadtbekannter Rechter den Laden mit einem großen Schraubenschlüssel bewaffnet betritt. Er bedroht die Jugendlichen und schlägt einem von ihnen mit der Hand ins Gesicht.

5. MAI MAGDEBURG

Am Abend steigt ein 13-jähriger Afghane in die Straßenbahn an der Haltestelle Alter Markt. Dort wird er von mutmaßlich alkoholisierten Unbekannten rassistisch beleidigt und geschlagen. Der Betroffene kann die Notbremse ziehen. Beim Halten der Straßenbahn flüchten die Angreifer. Trotz zeitnaher Suche konnten die Täter entkommen. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung und sucht nach zwei ca. 40 bis 50-jährigen Tatverdächtigen und weiteren Zeug*innen. Der 13-jährige Betroffene muss ambulant behandelt werden.

10. MAI LEISSLING (BURGEN- LANDKREIS)

Am „Vatertag“ zeigt eine Gruppe Männer in einer Gaststätte den sog. „Hitlergruß“ und ruft „Sieg Heil“. Aus Protest verlassen andere Gäste das Lokal. Sie werden von den Rechten verfolgt und schließlich angegriffen. Eine Person wird durch Schläge verletzt.

5. JUNI SALZWEDEL (ALTMARKKREIS SALZWEDEL)

Kurz nach Mitternacht dringen etwa zehn vermummte Personen in das Autonome Zentrum „Kim Hubert“ in Salzwedel ein.

Sie stürmen mit Schlagwerkzeugen bewaffnet in die obere

Etage und attackieren dort übernachtende Personen mit Pfefferspray. Zudem werden

Fenster, Türen und Einrichtungsgegenstände zerstört. Ein vor dem Haus parkendes Auto wird durch herabfallende Scherben beschädigt. Bevor die Angreifer das Haus verlassen, zünden sie eine Rauchbombe im Treppenhaus, was den Betroffenen zusätzlich die Flucht aus den mit Pfefferspray gefüllten Räumen erschwert. Das Autonome Zentrum ist seit seiner Eröffnung 2010 immer wieder Ziel rechter Angriffe.

25. JUNI HALLE (SAALE)

Am Abend wird ein 18-jähriger Syrer im Stadtteil Silberhöhe von einer Gruppe erst angesprochen und dann rassistisch beleidigt. Kurz darauf versetzt einer der Männer dem Jugendlichen eine Kopfnuss. Der 18-Jährige versucht wegzulaufen, wird nach kurzer Zeit aber mit einem Auto verfolgt. Dieses fährt auf ihn zu und er kann sich nur durch einen Sprung zur Seite retten. Dabei wird er leicht verletzt. Anschließend rennt er zu seinem Wohnhaus, schafft noch mehrere Klingeln zu drücken und um Hilfe zu bitten, bevor drei Männer aus der Gruppe ihn einholen und auf ihn einschlagen und treten.

ken erlebt. Das hat sich bis heute nicht geändert. Solche Erfahrungen brennen sich ein und verlieren nicht an Intensität. Rassismus ist für uns nicht nur sichtbar, sondern auch immer physisch und emotional spürbar. Dass ich aufgrund meiner Hautfarbe ausgegrenzt und auch abgewertet werde, habe ich zum ersten Mal während meiner Schulzeit in den 1990er Jahren wahrgenommen. Damals gab es viele Neonazis, die auf dem Pausenhof laut „Ausländer raus!“ brüllten. Obwohl ich Deutsche bin, wusste ich genau, dass ich damit gemeint bin.

Was passiert, wenn ihr über Rassismus sprecht?

Victoria: Die meisten Menschen reagieren erst einmal abwehrend, versuchen zu erklären, wie etwas gemeint war.

Laura: Immer wieder zeigt sich, wie wirkmächtig und tiefsitzend die rassistische Prägung in unserer Gesellschaft ist. Insbesondere im Arbeitskontext habe ich erfahren, wie *weiße* Machtpositionen funktionieren und auch ausgenutzt werden, um rassistuserfahrene Menschen mundtot zu machen.

Wie reagiert ihr auf Abwehr- oder Relativierungsreflexe?

Victoria: Ich wäge meist ab, für wen und wofür ich gerade Energie habe oder eben auch nicht, nicht zuletzt auch, wie wichtig mir die einzelne Person persönlich ist. Wenn wir dazu ins Gespräch kommen, schaue ich auch, was danach passiert. Ich kann und möchte auch immer nur einen Anstoß geben, den Rest sollen diese Personen sich selbst erarbeiten.

Laura: Ein guter Ansatz ist zu verdeutlichen, dass wir alle rassistisch sozialisiert wurden. Viele *weiße* Menschen gehen, denke ich, erstmal in eine Abwehrhaltung, weil sie Rassismus ausschließlich mit Nazis in Verbindung bringen. Und davon wollen sie sich distanzieren. Sie wollen nicht rassistisch sein. Dabei vergessen sie aber häufig ihre privilegierte Position in der Gesellschaft und wie sehr sie von Rassismus profitieren. Ob sie das wollen oder nicht. Grundsätzlich stelle ich mir die Frage: Wofür habe ich gerade Ressourcen? Ich muss nicht jede Diskussion führen.

Welchen Umgang mit Rassismus würdet ihr euch wünschen?

Laura: Einen offenen und kritischen. Ich wünsche mir auch, dass sich *weiße* Menschen nicht davor scheuen, Rassismus klar und deutlich zu benennen. Häufig wird dieser oberflächlich umschrieben mit Begriffen wie Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung.

Victoria: Wir haben einmal einen deutschen privaten Fernsehsender darauf aufmerksam gemacht, dass in einer Sendung wiederholt das rassistische „N-Wort“ verwendet wurde. Die Antwort war: das ist nicht von medienrechtlicher Bedeutung. Also für uns heißt das, die nicht-*weißen* Zuschauenden dieses Senders müssen damit leben, beleidigt zu werden. Ich finde das skandalös. Wenn ein Verhalten rassistisch ist, dann muss das auch so benannt und stärker als bislang geahndet werden. Mein Eindruck ist, dass so ein Verhalten oft gar keine Konsequenzen hat.

Könnt ihr anderen von Rassismus Betroffenen Strategien empfehlen, wie sie sich selbst stärken können?

Laura: Die traurige und schmerzhafteste Wahrheit ist, dass wir so lange es Rassismus gibt, einer Art physischen und psychischen Dauerstress aus-

gesetzt sind. Davon müssen wir uns so oft es geht erholen, die Batterien aufladen und kritisch damit umgehen. Es ist wichtig, sich aktiv mit Heilung und Selfcare zu beschäftigen. Jede* muss für sich selbst herausfinden, was ihr Kraft und Zuversicht spendet.

Victoria: Außerdem stärken mich z.B. auch Empowerment-Workshops. Dies kann zwar sehr schmerzhaft sein gleichzeitig aber auch total befreiend. Neben dem Austausch werden gemeinsam Strategien für den Umgang mit Rassismus erarbeitet. Es gibt natürlich keine Patentrezepte, aber Inspiration.

Betroffene berichten uns in der Beratung, dass sie mehr rassistische Anfeindungen und Ausgrenzung in der Öffentlichkeit erleben.

Laura: Rassismus wird offener ausgelebt. Ich spüre auch in Magdeburg viel häufiger eine Anspannung, wenn ich z. B. im Supermarkt bin oder einfach durch die Straßen laufe. Ich werde häufiger angerempelt und mit abwertenden Blicken konfrontiert.

Victoria: Ich fühle mich oft in die 1990er Jahre versetzt. Die Leute gehen offen mit ihrem Rassismus um. Ich merke das besonders an Blicken und Worten. Zwischenzeitlich hatte ich ein wenig das Gefühl, dass es besser geworden ist. Aber mittlerweile ist klar geworden, dass diese Stimmung immer da war, nur scheinbar leiser. Jetzt ist es wieder legitim, rassistisch zu sein.

In einer aktuellen Studie der Uni Leipzig stimmten 45% der Befragten aus Ostdeutschland der Aussage zu, die Bundesrepublik sei „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“

Laura: Woran machen die Menschen fest, wer ein*e „Ausländer*in“ ist? Denn wenn es um nicht-deutsche Personen geht, warum werden denn auch Deutsche* of Color angegriffen? Das Problem heißt Rassismus und die Menschen sind von der Anwesenheit von People* of Color gestört. Ich finde das sehr verstörend.

Victoria: Wichtige Gegenstrategien sind meiner Meinung nach Solidarität mit Betroffenen und mehr Empowermentarbeit.

Welche Allianzen müssen aus eurer Sicht noch gebildet werden, um den rassistischen und rechten Mobilisierungen etwas entgegenzusetzen?

Laura: Allianzen sind sehr wichtig, weil wir nur gemeinsam tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen anstrengen können. Das kann nicht nur auf den Schultern einiger weniger Aktivist*innen lasten. Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist dabei unerlässlich. Das heißt aber, dass sich *weiße* Verbündete ihrer Privilegien und Prägung bewusst sein müssen.

Was würdet ihr anderen Women* of Color sagen, die ein Netzwerk wie eures auch in ihrer Stadt aufbauen wollen?

Victoria: Unbedingt machen! Es ist wichtig, sich zu vernetzen und den geschützten Austausch zu haben. Für den Heilungsprozess von rassistischen und auch sexistischen Handlungen ist so ein Raum von enormer Bedeutung. Vorab sollten sich die Frauen* fragen, was ihre Ziele sind und wie sie miteinander arbeiten möchten. Eine gemeinsame Vision zu haben ist dabei sehr hilfreich.

Vielen Dank für das Gespräch!

Dabei kommt auch ein Schlagring zum Einsatz. Erst als Bewohner des Mehrfamilienhauses dem Jugendlichen zur Hilfe kommen, lassen die Angreifer ab.

6. JULI WEISSENFELS (BURGENLANDKREIS)

Eine 32-jährige Syrerin ist mit ihren drei Kindern im Alter von 2 bis 6 Jahren auf dem Rückweg vom Einkaufen. Als sie etwas auf Arabisch zu ihren Kindern sagt, fängt plötzlich eine Unbekannte an, dies laut nachzuahmen. Die mit einem Kopftuch bekleidete Syrerin versucht, die Frau darauf anzusprechen, worauf diese sofort mit Beschimpfungen reagiert. Außerdem spuckt die etwa 20-jährige Unbekannte nach ihr und zeigt den Mittelfinger. Eine weitere Frau, anscheinend mit der Angreiferin bekannt, ruft ebenfalls Beleidigungen. Dann werfen die Frauen mit kleinen Schnapsflaschen nach der Mutter, die sich schützend vor ihre Kinder stellt. Als zufällig ein Bekannter der Betroffenen hinzu kommt, wird auch er von beiden Frauen angespuckt. Die erste Angreiferin kommt erneut auf die Syrerin zu und schubst sie heftig. Auch die zweijährige Tochter wird getreten, so dass sie hinfällt und laut weint. Erst als der Bekannte mithilfe eines Supermarktangestellten die Polizei informiert, lassen die Frauen von der Familie ab und flüchten. Das Kleinkind erleidet Schürfwunden an den Beinen, die Mutter hat mehrere Tage Schmerzen am Rücken. Die Polizei ermittelt wegen Körperverletzung und Beleidigung.

7. JULI KLÖTZE (ALTMARKKREIS SALZWEDEL)

In der Nähe des Rathauses wird gegen 5 Uhr früh ein 33-jähriger afghanischer Geflüchteter aus einer Gruppe von vier Männern heraus rassistisch beleidigt. Einer der Unbekannten kommt dann auf ihn zu und schlägt zwei Mal mit der Faust gegen den Oberarm. Der Betroffene kann noch ein Handyfoto von dem Angreifer machen, bevor die Gruppe sich entfernt. Er stellt Anzeige bei der Polizei.

15. JULI HALLE (SAALE)

Als zwei 17- und 18-jährige Afghanen am Abend an einer Haltestelle warten, hält vor ihnen ein Auto. Plötzlich steigt ein Mann mit einer Eisenstange aus und schlägt auf die beiden Jugendlichen ein. Dabei beleidigt er sie rassistisch. Dann steigt der Mann wieder in sein Auto und fährt weiter. Beide Betroffene erleiden erhebliche Verletzungen und müssen medizinisch behandelt werden.

6. AUGUST HALLE (SAALE)

Gegen 22:30 Uhr gehen zwei 16-jährige Jugendliche an dem Haus der sogenannten „Identitären Bewegung“ vorbei. Einer der Jugendlichen hebt dabei einen auf dem Boden liegenden Sticker auf und klebt ihn an das Gebäude. Kurz danach kommt ein Mann aus dem Haus, läuft auf den Jugendlichen zu und schubst ihn. Der Unbekannte fordert sie auf,

RASSISTISCHE MOBILISIERUNGEN: RÜCK- UND AUSBLICKE

Die Bilanz ist erschreckend: Weit mehr als 90 rassistische, rechte und antisemitisch motivierte Angriffe und Bedrohungen haben unabhängige Opferberatungsstellen allein in den vier Spätsommerwochen nach dem gewaltsamen Tod von Daniel H. (35) in Chemnitz und dessen Instrumentalisierung durch die extreme Rechte registriert. Allein in Chemnitz, der drittgrößten Stadt Sachsens, kam es zwischen dem 24. August und dem 25. September 2018 zu mindestens 34 überwiegend rassistisch motivierten Körperverletzungs- und Bedrohungsdelikten. In Sachsen-Anhalt registrierte die Mobile Opferberatung in diesem Zeitraum zwölf Körperverletzungen und drei massive Bedrohungen.

CHEMNITZ UND KÖTHEN

Insbesondere die Art und Weise, wie Neonazis schon vor den rassistischen Mobilisierungen vor Ort etabliert waren, aber auch die Reaktionen von politisch Verantwortlichen und Strafverfolgungsbehörden gehören zu den entscheidenden Faktoren, ob daraus entweder lokale Strohfeuer wie in Köthen oder langanhaltende Kristallisationspunkte rechter Dominanz wie in Chemnitz geworden sind. Mit großem Polizeiaufgebot und klaren Verurteilungen der neonazistischen Instrumentalisierung des Todes von Mike B. hatten Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) und Ministerpräsident Rainer Haselhoff (CDU) auf die rassistische Mobilisierung in Köthen anders als die sächsische Landesspitze auf Chemnitz reagiert. Trotz der bekannten Mobilisierungsfähigkeit der sächsischen Mischstrukturen aus Neonazis, Fußball- und Free Fight Aktivisten wurde das Hinzuziehen von Polizeikräften aus anderen Bundesländern abgelehnt und mit einer völlig unterlegenen Anzahl von Polizeibeamt*innen vor Ort reagiert. Die Botschaft des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) war ambivalent: Einerseits nannte er Rechtsextremismus „die größte Gefahr für die Demokratie“. Andererseits betonte er in seiner Regierungserklärung: „Es gab keinen Mob. Es gab keine Hetzjagd. Es gab keine Pogrome in Chemnitz.“

Sowohl beim gewaltsamen Tod von Daniel H. (34) in Chemnitz am 24. August und dem Tod durch Herzversagen nach einem Streit von Markus B. (22) in Köthen am 9. September richtet sich der Tatverdacht gegen Geflüchtete. Grundsätzlich ist es nichts Neues, dass Neonazis und extreme Rechte Gewaltstraftaten von Geflüchteten instrumentalisieren. NPD und lokale Neonazikameradschaften haben das in den 1990er und 2000er Jahren immer wieder versucht. Neu und Besorgnis erregend ist die schnelle und hohe Mobilisierungsfähigkeit, die auch Folge des seit 2015 durch „Pegida“-Mobilisierungen und „Nein-zum-Heim“-Initiativen vor Ort längst etablierten Schulterschlusses zwischen Neonazis und politisch rechts verorteten Bürger*innen ist. Nach Aufrufen per offenen Facebookseiten und geschlossenen Messengergruppen mit Slogans wie „Zeigen

wir, wer in der Stadt das Sagen hat“ durch Fußball-Hools von „Kaotic Chemnitz“ folgten innerhalb weniger Stunden sog. „Trauermärsche“ mit zunächst 1.000, dann 5.000 Teilnehmer*innen in Chemnitz und rund 2.500 in Köthen. Im Verlauf weniger Tage steigerten sich Mobilisierungen in Chemnitz auf bis zu 10.000 Teilnehmer*innen, während in Köthen die Zahl auf rund 550 sank.

Offensichtlich gibt es in Teilen der Bevölkerung immer weniger Hemmschwellen, an Neonazi-Aufmärschen teilzunehmen, deren Teilnehmer*innen offen den „Hitlergruß“ zeigen, nationalsozialistische Parolen grölen und gewaltsam gegen Journalist*innen, Gegendemonstrant*innen, Geflüchtete und Migrant*innen vorgehen. So konnte der inzwischen wieder einmal in Untersuchungshaft sitzende Thügida-Chef David Köckert in Köthen vor 2.500 Teilnehmer*innen von einem „Rassenkrieg gegen das deutsche Volk“ sprechen und hinzufügen „Also Auge um Auge, Zahn um Zahn“, ohne dass ihn bürgerliche Aufmarschteilnehmer*innen widersprochen hätten. In Chemnitz filmte eine syrische Familie aus ihrem Fenster, wie Teilnehmer „Wir sind die Fans. Adolf Hitler. Hooligans“ riefen und ein Demonstrant mit der Hand einen Schnitt durch den Hals andeutete.

DRASTISCHE FOLGEN

Die rassistischen Mobilisierungen des Sommers hatten konkrete Auswirkungen für den Alltag und das Sicherheitsgefühl aller in Deutschland lebenden People of Color, Schwarzer und geflüchteter Menschen. Nur die Spitze einer bedrohlichen Mischung aus rassistischer Alltagsgewalt und rechtem Terror sind die Angriffe auf Geflüchtete und auf Orte, die sichtbar gesellschaftliche Vielfalt repräsentieren – das jüdische Restaurant „Schalom“, das Restaurant „Schmetterling“, das von zwei Geflüchteten aus dem Iran betrieben wird, das persische Restaurant „Safran“ und der Brandanschlag auf das türkische Restaurant „Mangal“ in Chemnitz – sowie die Existenz der mutmaßlich rechtsterroristischen Gruppe „Revolution Chemnitz“, die nach Angriffen auf junge Linke und Migrant*innen auf Waffensuche gingen und die Mord- und Anschlagsserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ noch übertreffen wollten. Auch in Köthen wirken die Aufmärsche nach: Internationale Studierende der Hochschule, die ein Drittel der knapp 3.500 Studierenden vor Ort ausmachen, sind froh, dass sich ihre Hochschule öffentlich klar gegen Rassismus positioniert. Dennoch sagen viele, sie seien aus Angst vor rassistischen Anfeindungen erheblich vorsichtiger geworden und vermieden es, bei Dunkelheit alleine auf der Straße zu sein.

Es ist keine besondere Kunst vorauszusagen, dass die extreme Rechte nach den aus ihrer Sicht erfolgreichen Instrumentalisierungen von Gewalttaten durch Geflüchtete diese Strategie auch in 2019 weiter verfolgen wird. Umso wichtiger ist eine alltägliche, lokale Solidarität mit all jenen, denen Rassist*innen das Existenzrecht absprechen. ■

sich zu „verpissen“. Dann packt er den Jugendlichen an dessen Halskette und T-Shirt mit dem Aufdruck „FCK NZS“. Dabei zieht er mit einem Ruck daran, sodass beide beschädigt werden. Anschließend geht der Angreifer wieder in das Haus. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen Körperverletzung.

18. AUGUST SALZWEDEL

Ein junger Mann wird beim Vorbeilaufen von einer Gruppe Rechter mit den Worten „Dich töten wir auch noch!“ bedroht. Dann bewaffnet sich die Gruppe mit Knüppeln und nimmt die Verfolgung auf. Der Betroffene kann entkommen.

25. AUGUST SALZWEDEL (ALT- MARKKREIS SALZWEDEL)

Als ein 28-jähriger Afghane vor dem „City Club“ eine Zigarette raucht, wird er plötzlich von zwei Männern – von denen einer verummmt ist – angegriffen und zu Boden geschlagen. Dann springt einer der Angreifer auf die Brust des Betroffenen. Bevor die Täter mit Pkw's flüchten, stehlen sie noch seine Tasche. Der 28-Jährige muss stationär im Krankenhaus behandelt werden.

27. AUGUST DESSAU-ROSSLAU

Als sich zwei Tramber*innen gegen 22.30 Uhr vor einem Schnellrestaurant an einem Autohof aufhalten, bemerken sie wie mehrere augenscheinlich Rechte u.a. „Wir sind hier, wir

sind laut, weil ihr uns die Heimat klaut“ rufen. Aus den weiteren Äußerungen wird deutlich, dass die Gruppe zuvor an der Demonstration der rechten Bürgerbewegung Pro Chemnitz teilgenommen hatte. Eine der Tramper*innen wird von zwei Männern und einer Frau aus der Gruppe sexistisch und als „Zecke“ beleidigt. Ein Mann droht ihr Schläge an und stößt sie vor die Brust. Im Inneren des Restaurants wird außerdem ein junger Mann am Tisch von einem weiteren Rechten bedrängt und gedemütigt. So drückt der Unbekannte u.a. seinen Kopf an die Scheibe. Weder das Personal noch andere Gäste des Schnellrestaurants intervenieren.

5. SEPTEMBER WEGELEBEN (HARZ)

In einer Regionalbahn unterhält sich ein 15-jähriger Syrer mit einem Bekannten u.a. auf Arabisch. Ein Mann beschimpft den Schüler, dass er Deutsch sprechen solle und beleidigt ihn weiter rassistisch. Nachdem der 15-Jährige meint, er wolle kein Problem, schlägt der Unbekannte ihm mit einer Bierflasche auf den Kopf. Zudem wird der Betroffene, der sich zu wehren versucht, gewürgt. Als der Angreifer von ihm ablässt, bemerkt der Syrer eine stark blutende Kopfwunde und ihm wird schwindlig. Erst nach ca. 30 Minuten trifft die Polizei an dem Bahnhof in Wegeleben ein, wo der Zug mittlerweile zum Stehen gebracht wurde. Nachdem zuerst ein negativer Drogen- und Alkoholttest bei dem Betroffenen durchgeführt wird, kann er im Krankenhaus in Halberstadt versorgt und mit mehreren

„DIE DEMOKRAT*INNEN ALLER POLITISCHEN RICHTUNGEN MÜSSEN MITEINANDER INS GESPRÄCH KOMMEN“

Der Jenaer Soziologe Matthias Quent leitet das „Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft“ (IDZ), das sich mit aktuellen Bewegungen der extremen Rechten und demokratischen Reaktionen beschäftigt. Im Interview spricht er über die Auswirkungen der so genannten Extremismus-Doktrin.

Immer wieder heißt es, Links- und Rechtsextremismus seien „gleich schlimm“. Was halten Sie von derartigen Gleichsetzungen?
Matthias Quent: Ideologisch gibt es große Unterschiede: Die radikale Linke will dem Kapitalismus ans Leder, die radikale Rechte der Demokratie. Diese Debatte ist aus wissenschaftlicher Perspektive extrem oberflächlich, symbolisch und dichotomisierend.

Worin besteht Ihrer Meinung die Gefahr?

Als Soziologe stört mich daran, dass die Gleichsetzung den Blick auf die Gesellschaft verschleiert, nicht schärft. Man kann mit gleichmachenden Vorstellungen auch keine wirksame Prävention betreiben, weil die sozialen und inhaltlichen Unterschiede so erheblich sind. Die Parallelisierung und Gleichsetzung von rechts und links geht, gerade im politischen Kontext, in der Regel mit einer dramatischen Verharmlosung des rechtsextremen Potenzials einher. Die führt zu eklatanten Fehleinschätzungen – das hat ja der NSU-Komplex mit seinen schrecklichen Folgen gezeigt.

Gesellschaftlich ist die gezielte Spaltung der Demokratie als Strategie der Neuen Rechten gefährlich.

Schon in den 1920ern setzten die antidemokratischen Anhänger einer „konservativen Revolution“ bürgerliche Demokraten mit der Forderung unter Druck, sie müssten sich zwischen der ‚nationalistischen Front‘ und den als ‚Volksverrättern‘ gebrandmarkten Progressiven entscheiden. Viele haben sich falsch entschieden. Diese Spaltung der Demokraten führte zum Nationalsozialismus, zu Shoa und Krieg. Wenn es normal wird, dass der Schulterschluss der Demokrat*innen als der Gegenpol zur Bewegung von Rechtsaußen nicht als dringend notwendig gefordert, sondern als „Linksextremismus“ gebrandmarkt wird, veraten wir das Selbstverständnis unserer Demokratie und ihre Geschichte.

Die AfD hat eine Enquete-Kommission zur „Untersuchung von Linksextremismus in Sachsen-Anhalt“ durchgesetzt, deren Vorsitzender André Poggenburg in erster Linie demokratische Vereine diffamiert. Worum geht es hier?

Die AfD geht bundesweit gegen unabhängige Medien, Wissenschaft und die Zivilgesellschaft vor, aber die Kommission in Sachsen-Anhalt ist ein aus deren Sicht einmaliger Erfolg.

Für Rechtspopulisten ist der Kampf gegen die liberale Öffentlichkeit – seien es Vereine, Medien oder Wissenschaft – identitätsstiftend. Zum einen zur Feindbildkonstruktion. Zum anderen erhebt der Rechtspopulismus den antipluralistischen und antidemokratischen Anspruch, als einzig wahre Stimme den Willen eines angeblich homogenen Volkes zu vertreten. Um herzuleiten, warum der Großteil der Bevölkerung die Rechtspopulisten entgegen ihres totalitären Anspruches nicht wählt, werden feindliche und schädliche Einflüsse konstruiert, die den angeblichen Volkswillen manipulieren und unterdrücken würden. Solche Verschwörungslegenden finden wir weltweit in autoritären Parteien und Bewegungen. Die Stigmatisierung als „linksextrem“ soll nicht nur unliebsame Akteure und politische Gegner treffen, sondern dient Rechtsradikalen über die Herstellung gemeinsamer Feindbilder auch als Türöffner in konservative Milieus.

Die Stiftung Bauhaus hat nach Mobilisierungen von AfD und extremen Rechten ein Konzert von „Feine Sahne Fischfilet“ abgesagt. Welche Signalwirkung geht von der Absage und den nachfolgenden Entwicklungen aus?

Es ist immer wieder schockierend, wie wenig wissenschaftliche Studien durchgedrungen sind, die schon in den 1990er Jahren zeigten, dass Links-Rechts-Parallelisierungen und Entpolitisierungen durch Institutionen zum Erstarken des Rechtsradikalismus beitragen. Alle sind empört über die Morde des NSU, aber kaum jemand hinterfragt, wie es dazu kam und was deren Radikalisierung beflügelte. Man tut so, als wäre das alles neu, als würde man es heute nicht besser wissen können. Ganz offensichtlich besteht auch in der Stiftung Bauhaus ein erheblicher Beratungsbedarf. Umso wichtiger ist auch hier die Arbeit von Miteinander e.V.

In den Kommentaren war auch hier immer wieder davon die Rede, dass man rechtsextreme Bands ja auch nicht auftreten lassen würde. Was ist der Unterschied zwischen einer Band wie "Kategorie C" und "Feine Sahne Fischfilet"?

Alternative Bands bringen mit ihrer Musik unterschiedliche Menschen zusammen, zum Feiern, um Werte wie Freiheit und Solidarität zu leben und natürlich auch, um zu provozieren. Das ist eine wichtige Rolle von Kunst und von Jugendkultur. Menschengruppen das Existenzrecht abzusprechen ist dagegen keine künstlerische Provokation, sondern stumpfer Hass. Punkrock ist provokativ, will Debatten anstoßen und Nazis bekämpfen. Rechtsrock ist destruktiv, will Debatten beenden und Menschen vernichten. Rechte Bands hetzen mit ihrer Musik, schüren Hass gegen ethnische und religiöse Minderheiten und verherrlichen den Nationalsozialismus. So hat ja etwas das Landgericht Dessau im Fall Alberto Adriano explizit auf die mörderische Wirkung des extrem rassistischen so genannten „Afrika-Lieds“ der Neonaziband Landser verwiesen, das die Täter kurz vor dem Mord gegrölt hatten. Im Vordergrund steht das Ziel, über Rechtsrock die Ideologie des Nationalsozialismus zu transportieren. Rechtsradikale sind gegen das Verfassungsprinzip der Unantastbarkeit der Menschenwürde. Feine Sahne Fischfilet stellt sich diesen Zielen in den Weg, und zwar auch dort, wo sich andere zurückgezogen haben.

Stichen am Kopf genäht werden. Die Polizei ermittelt gegen einen 20-jährigen Tatverdächtigen wegen Beleidigung und Körperverletzung.

7. SEPTEMBER SALZWEDEL (ALTMARKKREIS)

Gegen 23:00 Uhr greifen mehrere mit Kanthölzern und Baseballschläger bewaffnete Vermummte drei Jugendliche an, die gerade vor dem Soziokulturellen Zentrum „Hanseat“ stehen. Einem Jugendlichen wird mit dem Baseballschläger gegen den Kopf geschlagen, wodurch er eine stark blutende Platzwunde erleidet, die genäht werden muss. Die beiden anderen Betroffenen tragen Prellungen und Schürfwunden davon. Bevor die Täter flüchten, zerschlagen sie noch Fensterscheiben vom „Hanseat“ und vom Autonomen Zentrum „Kim Hubert“ gegenüber. Die Polizei kann später einen 19-jährigen Tatverdächtigen feststellen, der zur örtlichen rechten Szene zählt.

9. SEPTEMBER KÖTHEN (ANHALT- BITTERFELD)

Bei einem sogenannten „Trauermarsch“, zu dem Neonazi-Gruppierungen wie u.a. die Partei Die Rechte aufgerufen haben, werden mehrere Journalist*innen von den Teilnehmer*innen beleidigt, bedroht und versucht, bei ihrer Arbeit zu behindern. Zwei Reporter werden geschubst und einem wird dabei das T-Shirt zerrissen. Sie müssen aufgrund der Gefahrenlage die Berichterstattung abbrechen.

10. SEPTEMBER HALLE (SAALE)

Während der sogenannten Montagsdemo wird in der Innenstadt ein Passant von einer Gruppe rechter Demonstrationsteilnehmer rassistisch beschimpft und eine Flasche nach ihm geworfen. Außerdem zeigen die Angreifer den sog. „Hitlergruß“. Nach den rechten Demonstrationen in Chemnitz und Köthen haben an diesem Tag deutlich mehr Menschen an der „Montagsdemo“ teilgenommen. Die Polizei ermittelt u.a. noch wegen „Sieg Heil“-Rufen und einer Hakenkreuz-Tätowierung.

15. SEPTEMBER HASSELFELDE (HARZ)

An einem Sportplatz werden am Abend vier junge Afghanen von zwei Männern beschimpft. Dann schlagen die Angreifer einen 17-Jährigen aus der Gruppe und stoßen eine Betreuerin, die hinzukommt und intervenieren will, gegen ein Auto. Anschließend flüchten die Täter. Die Polizei ermittelt wegen Volksverhetzung und Körperverletzung.

16. SEPTEMBER MAGDEBURG

Auf der Rückreise von einem sogenannten „Trauermarsch“ in Köthen greifen etwa zwei Dutzend Neonazis Reisende und Bundespolizisten im Hauptbahnhof an. Zuvor zünden die Rechten auf dem Weg durch den Bahnhof Pyrotechnik und skandieren Parolen. Einer aus der Gruppe wirft

Wenn wir uns die aktuelle Mitte-Studie anschauen, so scheint Rassismus und damit verbunden die Infragestellung der allgemeinen Menschenrechte und des Grundgesetzes durch ein Drittel der Bevölkerung die Gesellschaft zu spalten. Warum ist die Zustimmung zu rassistischen Aussagen und Autoritarismus in den ostdeutschen Bundesländern signifikant höher als im Westen?

Es sind mehrere Faktoren: Postmaterialistische Werte wie Multikulturalismus, Liberalismus und politische Teilhabe hatten im Osten viel weniger Zeit als im Westen, um zu wachsen. Damit einher geht der Mangel an interkulturellen Kontakten auf Augenhöhe im Privaten wie im beruflichen Umfeld. Die Zivilgesellschaft ist schwächer und weniger von einem liberalen Selbstverständnis geprägt als vielmehr von persönlichen Erfahrungen mit rechter Gewalt. Vielerorts fehlen im Osten die bürgerlichen Demokrat*innen der sozialen Mitte im Kampf gegen Rechts. Die seit Jahrzehnten etablierten neonazistischen Gruppen und Netzwerke im Osten wirken problemverschärfend, auch weil sie Minderheiten und politische Gegner durch Einschüchterung und Gewalt vertreiben. Wahrgenommene Abwertungen als Ostdeutsche korrelieren mit einer stärkeren Abwertung ethnischen Minderheiten. Nicht zuletzt korreliert auch die im Vergleich zum Westen immer noch schlechtere sozioökonomische Situation vieler Regionen mit einer größeren Ablehnung von Diversität.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen Zustimmung zu extrem rechten Aussagen und sozialem Status?

Es gibt eindeutige Zusammenhänge zwischen niedriger formaler Bildung und höherem Rechtsextremismus. Allerdings sagen diese Korrelationen nichts für den Einzelfall: Es gibt auch intellektuelle Nazis. Der jüngste Thüringen Monitor zur Messung rechtsextremer Einstellungen zeigte, dass das Merkmal „Arbeitslosigkeit“ die Affinität zu rechtsextremen Einstellungen signifikant senkt. Das Klischee des sozial abhängigen Rechtsextremen ist nicht haltbar. Das Perfide am Rassismus ist, dass er für alle möglichen sozialen Lagen funktional sein kann. Man kann damit einerseits Privilegien unter Rückgriff auf biologisierende oder kulturalisierende Zuschreibungen verteidigen und andererseits Sündenböcken die Schuld für die eigene, negativ bewertete Situation geben. Der Rechtsextremismus ist kein Phänomen sozialer Randschichten, sondern ein „Extremismus der Mitte“, wie der Soziologe Seymour Lipset bereits 1959 in der Analyse der Wählerschaft der NSDAP zeigte.

Und was bräuchte es Ihrer Meinung nach, um demokratische Werte wieder stärker zu verankern?

Die Leipziger Autoritarismus-Studie zeigt, dass die Zustimmung zur Demokratie seit 2006 in Ostdeutschland signifikant von 52 % auf 80 % gestiegen ist. Antidemokratische Einstellungen nehmen also de facto langfristig nicht zu, aber sie sind lauter geworden und formieren nun eine Front, die zum Teil mit dem Begriff „Rechtspopulismus“ verharmlost wird. Die Demokrat*innen aller politischen Richtungen müssen miteinander ins Gespräch kommen und die eigenen Werte selbstbewusster vertreten - und sich dabei stärker abgrenzen von denen, die die liberale Demokratie zugunsten einer autoritären Volksgemeinschaft abwickeln wollen.

Vielen Dank für das Gespräch!

VOR ORT:

SALZWEDEL: MEHR SOLIDARITÄT GEGEN RECHTE GEWALT

Rechte Angriffe haben in der 25.000-Einwohnerstadt Salzwedel deutlich zugenommen. Bis Ende November 2018 hat die Mobile Opferberatung insgesamt 21 Angriffe mit 27 direkt Betroffenen für das zurückliegende Jahr registriert – darunter sind neben den auch überregional bekannt gewordenen Angriffen auf das Autonome Zentrum „Kim Hubert“ im Juni sowie auf Gäste des Kulturzentrums „Hanseat“ im September 2018 weitere 15 Körperverletzungsdelikte. Aufgrund von massiven Tatfolgen für die Betroffenen wurden auch je zwei Bedrohungen und Sachbeschädigungen in die vorläufige Statistik des Projekts zu politisch rechtmotivierter Gewalt mit aufgenommen.

Ganz überwiegend richteten sich die Gewalttaten gegen (vermeintliche) politische Gegner*innen und Nichtrechte. In drei Fällen war Rassismus das Tatmotiv. Hinzu kommt ein sozialdarwinistisch motivierter Angriff gegen einen Wohnungslosen. Damit ereigneten sich in 2018 im statistischen Mittel zwei rechte Gewalttaten monatlich in der Hanse- und Kreisstadt – und fast doppelt so viele wie in 2017, als die Mobile Opferberatung elf Angriffe mit 14 direkt davon Betroffenen registriert hatte. In 2017 waren acht Angriffe rassistisch motiviert, drei richteten sich gegen sogenannte politische Gegner*innen oder Alternative.

Der Anstieg körperlicher Gewalt ging einher mit einer Zunahme von Beleidigungen, Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen gegen linksalternative Jugendliche und Erwachsene. Neonazis „patrouillierten“ u.a. mit vollbesetzten Autos in der Stadt, verfolgten vermeintliche politische Gegner*innen, brüllten Beleidigungen und warfen mit Böllern und Flaschen. Das Sicherheitsempfinden all jener, die im Visier der extremen Rechten stehen aber auch deren Familien und Freund*innen wurde dadurch massiv beeinträchtigt.

VIELE NICHT ANGEZEIGTE ANGRIFFE

Durchschnittlich werden mehr als neunzig Prozent aller rechten Gewalttaten, die die Mobile Opferberatung in Sachsen-Anhalt registriert, von den Betroffenen durch Anzeigenstellung den Strafverfolgungsbehörden zur Kenntnis gebracht – oder aber es wird ohnehin von Amts wegen ermittelt. In Salzwedel jedoch ist die Situation anders: Hier wurden schon in 2017 lediglich die Hälfte aller rechten Gewalttaten, von denen die Mobile Opferberatung Kenntnis erlangte, zur Anzeige gebracht. In 2018 ist hier eine weitere Steigerung zu beobachten: von 21 Angriffen sind lediglich acht polizeibekannt.

eine Flasche nach einem mutmaßlich migrantischen Reisenden und zeigt ihm den Mittelfinger. Anschließend werden zwei Polizisten, bei dem Versuch, den Täter festzustellen, angegriffen. Die Polizei ermittelt u.a. wegen Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz, versuchter gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung, Körperverletzung & Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

3. OKTOBER HALLE (SAALE)

Am frühen Morgen werden drei Männer auf dem Nachhauseweg von drei Unbekannten auf ihre Kleidung, u.a. einen St.-Pauli Pullover, angesprochen und als „Scheiß Zecken“ beleidigt. Als sie weitergehen, werden ihnen noch zwei Bierflaschen hinterhergeworfen und sie werden weiter verfolgt. Schließlich dreht sich einer der Betroffenen um und wird unvermittelt mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Nachdem die Angreifer sich entfernen, bieten Zeuginnen den Betroffenen ihre Unterstützung an.

4. OKTOBER ASCHERSLEBEN (SALZLANDKREIS)

Zwei 19-jährige Syrer werden Abend im Bestehornpark von einer Frau mit Hund zunächst rassistisch beleidigt und dann ins Gesicht geschlagen. Die Polizei sucht nach der Tatverdächtigen und weiteren Zeug*innen und ermittelt wegen Körperverletzung und Beleidigung.

15. OKTOBER SALZWEDEL (ALTMARKKREIS SALZWEDEL)

Nachdem ein junger Mann bereits einen Monat zuvor einen Brief mit rechter Symbolik und Todesdrohung in seinem Briefkasten fand, wird in der Nacht direkt vor seinem Haus verbotene Pyrotechnik gezündet. Die Detonation ist so stark, dass dabei ein Stück der Treppenstufe abgesprengt und der Briefkasten zerstört wird.

18. OKTOBER OSCHERSLEBEN (BÖRDE)

Ein 26-jähriger somalischer Geflüchteter wird 13:30 Uhr auf dem Parkplatz eines Nettomarktes von zwei Männern und einer Frau rassistisch beleidigt. Als der Betroffene weitergeht, folgt ihm die Gruppe und einer der Männer schlägt auf ihn ein. Dabei wird der 26-Jährige im Gesicht und am Bein verletzt. Die Angreifer*innen flüchten mit einem PKW. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen Körperverletzung und sucht nach weiteren Zeug*innen.

6. NOVEMBER SALZWEDEL

Gegen 20:00 Uhr überfallen zwei Männer einen 60-jährigen Obdachlosen an seinem Schlafplatz auf öffentlichem Grund, um ihn von dort zu vertreiben. Sie schlagen ihn mit Fäusten gegen den Kopf, sodass er Häma-

Immer wieder wird die Mobile Opferberatung nach Erklärungen für die fehlende Anzeigebereitschaft gefragt. Die Antworten fallen individuell unterschiedlich aus: Manche Betroffene befürchten, dass Täter oder Beschuldigte über ihre Anwälte an bislang nicht bekannte Wohnadressen – auch von Zeug*innen - gelangen. Denn es kommt vor, dass auch Zeug*innen von den Tätern mal ganz offen, mal subtil bedroht werden. Wenn dann von den Behörden nicht konsequent alle zu Verfügung stehenden Mittel genutzt werden, um Zeug*innen zu schützen und ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass ihre Ängste und Unsicherheiten ernst genommen werden, führt das schnell zu einer weitreichenden Verunsicherung. Dabei kann beispielsweise schon das Nutzen des gesetzlichen Spielraums, eine ladungsfähige Anschrift statt der Privatadresse in die Akte aufzunehmen, ein Gefühl der erhöhten Sicherheit vermitteln. Wenn aber diese und weitere sinnvolle Möglichkeiten nicht genutzt oder sogar bei begründetem Antrag abgelehnt werden, fühlen sich Betroffene und Zeug*innen nicht ernst genommen.

Negative Erfahrungen werden im Familien- und Freundeskreis geteilt und entsprechend sinkt bei einer größeren Gruppe von Bewohner*innen in Salzwedel die Bereitschaft, die Strafverfolgungsbehörden bei rechten Gewalttaten zu informieren. Dies gilt auch für Betroffene rassistischer Gewalt: So kritisierten etwa in einem Prozess am Amtsgericht Salzwedel sowohl Staatsanwaltschaft als auch Nebenklagevertreter*innen, dass nach rassistischen Angriffen an öffentlichen Orten nicht konsequent Daten von potenziellen Zeug*innen aufgenommen wurden. So entsteht der Eindruck, die Polizei ermittle in Fällen rechter und rassistischer Gewalt nicht umfassend. Dabei spielt das Verhalten der Ermittlungsbehörden unmittelbar nach dem Angriff, aber auch bei Vernehmungen eine große Rolle bei der Opfererfahrung und kann unter Umständen auch zu sekundärer Viktimisierung führen. Negative Erfahrungen einzelner Betroffener haben dabei immer auch Auswirkungen auf die gesamte Gruppe bzw. Community. Auch die Qualität der Aussagen und Kooperationsbereitschaft der Betroffenen ist abhängig von der Art und Weise der Behandlung durch die Beamt*innen. Es sollte daher auch der Polizei ein wichtiges Anliegen sein, fehlendes Vertrauen von (potentiellen) Betroffenenengruppen wieder herzustellen.

Die Wechselwirkung zwischen ohnehin großen Ängsten sowie negativen Behördenerfahrungen von Betroffenen einerseits und dem öffentlichen Infragestellen des Ausmaßes rechter Gewalt durch Verantwortliche aus Behörden und Politik andererseits liegt auf der Hand. Im Ergebnis trägt beides dazu bei, dass die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden dadurch in nicht unerheblichem Maß schwieriger wird. Ohne Zeug*innen ist die Aufklärung von Straftaten sehr erschwert. Zumal auch anonyme Anzeigen oder Medienberichte über Angriffe keine hinreichenden Ermittlungsgrundlagen bieten. Und letztendlich kommt es dadurch eben noch seltener zu Anklagen und Verurteilungen der Täter*innen, die aber natürlich auch immer ein wichtiges Signal an etwaige Mittäter und/oder Sympathisant*innen und mögliche Nachahmer*innen senden: Dass sie für Straf- und Gewalttaten zur Verantwortung gezogen werden.

ENGAGIERTE STIMMEN UND ÖFFENTLICHE SOLIDARITÄT

Große Wirkung, das zeigt sich auch in Salzwedel, kann – da Strafverfolgung alleine ohnehin begrenzte Wirkung entfaltet – auch die Ächtung rechter Aktivitäten und Gewalttaten aus der Mitte der Gesellschaft entfalten. An Stimmen, die deutliche Worte finden, herrscht jedenfalls in Salzwedel kein Mangel. Auf der Seite „augenaufsaw.net“ beispielsweise beschreibt ein anschaulicher „Offener Brief“ die Situation vor Ort aus der Perspektive von Betroffenen und auch für Menschen nachvollziehbar, die sich ganz neu mit dem Thema befassen. Die Verfasser*innen sehen sich selbst, aber auch alle anderen in der Verantwortung „den Wirkungskreis der rechten Akteure zu beschränken.“ Lobend und beispielhaft erwähnt der Brief die Reaktion des örtlichen Handballvereins, der nach einem Gruppenangriff von Neonazis Anfang 2016 einen der bekannt gewordenen Täter, Fabian M., aus dem Verein ausschloss.

Auch der große Zuspruch für die zwei Demonstrationen und drei Straßenfeste gegen rechte Gewalt und Rassismus und für eine solidarische Gesellschaft, die das breite, schon 2016 als Reaktion auf den damaligen Anstieg rechter Gewalt gegründete „Aktionsbündnis solidarisches Salzwedel“ organisiert hat, zeigt deutlich: Es gibt in und um Salzwedel viele Menschen, die sich dadurch angesprochen fühlen. Und die es für ein wichtiges Signal halten, wenn die öffentliche Thematisierung von rechter Gewalt nicht als Imageschaden behandelt wird, sondern vielmehr die Stadt und ihre Öffentlichkeit stolz auf die vielfältigen, solidarischen Reaktionen und Aktionsformen verweisen.

Auch mögliche Investoren warten, wenn sie nicht selbst zur rechten Szene gehören, auf entsprechende Signale. Zu schnell entsteht sonst der Eindruck, es handele sich bei der betreffenden Stadt um ein „braunes Nest“. Das Verschweigen von Problemlagen und das Relativieren rechter Gewalt – durch ständige Verweise auf „linke Gewalt“, „jede Form von Gewalt“ oder „jeden Extremismus“ - kann vor dem Hintergrund von Körperverletzungen und massiver Bedrohung von den Tätern und deren Umfeld jedenfalls nur als Ermutigung zu weiterer Gewalt aufgefasst werden. Dagegen hilft nur ein klares Benennen der Probleme und eine kategorische Ächtung rechter Gewalt durch Behörden, politisch Verantwortliche und Medien: Denn nur öffentliche und eindeutige Solidarität gibt den Betroffenen, ihren Angehörigen und Freund*innen das Gefühl, von Politik und Gesellschaft geschützt und nicht alleine gelassen zu werden. ■

Einen Dank an all diejenigen, die mit ihren Spenden die Betroffenen des Angriffs auf das Autonome Zentrum Kim Hubert im Juni unterstützt haben!

tome erleidet und bedrohen ihn mit erneuten Schlägen, falls er sein Nachtlager nicht dauerhaft räumt. Der Betroffene erstattet Anzeige bei der Polizei.

23. NOVEMBER SANGERHAUSEN (MANSFELD-SÜDHARZ)

Gegen 20 Uhr werden ein 17-jähriger Schwarzer und seine 23-jährige Begleiterin vor einer Gaststätte am Markt von zwei älteren Männern rassistisch beschimpft. Die Beleidiger sind zwei pensionierte Polizisten, die zu einer privaten Feier mit Beteiligung von Beamt*innen des Polizeireviers Sangerhausen gehören. Etwa drei Stunden später trifft das Paar auf ihrem Rückweg wieder auf die Ex-Polizisten, die sie erneut rassistisch beleidigen. Einer der Männer schlägt dann der 23-Jährigen ins Gesicht und der bereits am Boden Liegenden den Kopf mehrfach auf den Asphalt. Der 17-Jährige wird von dem zweiten Mann ebenfalls angegriffen. Als hinzugerufene im Dienst befindliche Polizeibeamte eintreffen, wird bei beiden Betroffenen ein Atemalkoholtest durchgeführt. Gegen den 17-jährigen Betroffenen wurde durch einen Angreifer Anzeige wegen Körperverletzung erstattet. Die Ermittlungen wegen Körperverletzung und Beleidigung gegen die 68- und 62-jährigen pensionierten Beamten führt mittlerweile der polizeiliche Staatsschutz in Halle.

Auf der website www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

DAS ZIEL IST, UNSERE ARBEIT ZU BEENDEN

Die Arbeit unseres Trägervereins Miteinander e.V. und damit auch die der Mobilen Opferberatung und vieler anderer Demokratiprojekte soll beendet werden. Dieses Ziel verfolgt die AfD in Sachsen-Anhalt mit einer beispiellosen Kampagne. Parlamentarischen Anträge, wiederholte Forderungen nach Streichung aller Fördermittel oder die falsche Behauptung, der Verein würde gegen Datenschutzregeln verstoßen, sind einige Bestandteile einer Strategie, mit der die AfD an Miteinander e.V. ein Exempel mit bundesweiten Auswirkungen statuieren will. Im Folgenden dokumentieren wir noch einmal Erklärung, die Miteinander e.V. am 24. August 2018 veröffentlicht hat. Dass sie weiterhin von großer Bedeutung ist, zeigen auch die Stimmen derer, die von der Mobilen Opferberatung und dem Regionalen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus unterstützt wurden und die am stärksten betroffen wären, wenn die Mobile Opferberatung und Miteinander e.V. die Arbeit beenden müssten.

Unser Verein ist Teil eines Netzwerks freier Träger, gefördert durch die Bundes- und Landesprogramme für Demokratie und Weltoffenheit. Mit diesen Programmen reagierte die Bundesregierung vor knapp zwanzig Jahren auf die Welle rechter Gewalt nach der deutschen Wiedervereinigung. Nach zahlreichen Todesopfern, Pogromen, Bomben- und Brandanschlägen sowie Stimm- und Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien forderte Bundeskanzler Schröder im Sommer 2000 einen „Aufstand der Anständigen, wegschauen ist nicht mehr erlaubt“. Damit hatte die damalige Bundesregierung die Souveränität, Rechtsextremismus, rechte Gewalt und Diskriminierungen als gesellschaftliche Probleme einzugestehen. Ein wichtiger Schritt, auch als Signal an Betroffene rechte Gewalt, dem bisher alle Bundes- und Landesregierungen danach weiter gefolgt sind. Nach der Aufdeckung der Verbrechen des sogenannten NSU wurde dieser Ansatz erneut bekräftigt, verbunden mit der Forderung nach einem „Aufstand der Zuständigen“.

Die Opferberatung hat mich gerettet. Ich hatte keine Hoffnung mehr und dachte, in Deutschland ist einfach jeder gegen mich. Aber dort wurde mir wirklich geholfen, das war etwas Besonderes. Ich habe wieder Vertrauen bekommen. (Hassan)

Ausgerechnet in Zeiten massiver europaweiter Erfolge des Rechtspopulismus in den Parlamenten sowie einer wachsenden Zustimmung zu autoritären und nationalistischen Politikangeboten sollen sich – nach dem Willen der AfD – Landes- und Bundesregierung aus der Förderung der Arbeit für Demokratie und für eine weltoffene, liberale Gesellschaft zurückziehen. Die Entwicklung der AfD von der Anti-Euro-

„Die Opferberatung war stets für mich da, hat mich unterstützt und durch sie konnte ich wieder werden, wer ich bin und mein Trauma überwinden. Sie hat mich aufgefangen bei Trauer, Schrecken und Angst. Mit ihrer Hilfe und ihrem Verständnis konnte ich vieles verarbeiten und wieder stark werden.“ (Linda)

„Die Arbeit von Miteinander e.V. ist wichtig, da rechte Gewalttaten Aufklärung verdienen und gegen Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft vorgegangen werden sollte.“ (Tom)

„Victims need listening, counseling and support! The Mobile Opferberatung assists in coping with the injury, enables the victim to make his voice heard and acts against silencing and for justice!“ (Tsiipi Lev)

„Wir haben sehr von den Erfahrungen und der Kompetenz der Mitarbeiter*innen von Miteinander profitiert. Ohne deren Unterstützung gäbe es unsere Initiative nicht. Angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks beruhigt es mich etwas, dass dieses Beratungs- und Unterstützungsangebot auch abseits der Städte besteht.“ (Christian, Anwohner*inneninitiative Adam-Kuckhoff-Straße)

„Die Opferberatung hat mich zur Polizei begleitet, das fand ich sehr angenehm. Leider wissen viele gar nicht, dass es diese Möglichkeit überhaupt gibt.“ (Schülerin aus Salzwedel)

„Beim Treffen der Senioren im Dorfgemeinschaftshaus tauchten Fragen auf: Was ist da los mit diesen völkischen Siedlern? Der Mitarbeiter von Miteinander e.V. ist vor Ort und diskutiert auf Augenhöhe mit den Dorfbewohnern. Die sind am Ende zufrieden, denn man nimmt sie ernst und scheut nicht den Weg ins Dorf. Die Aufklärung von Miteinander e.V. ist enorm wichtig für die demokratische Kultur gerade auch im ländlichen Raum. Gegen das Irrationale der rechten Erzählung braucht es Fakten, Informationen und Einordnungen.“ (Bernd Kloss, Seehausen)

Partei zu Anti-Migrations-Partei, ihr deutlicher Rechtsschwenk ist in aller Munde. Erfolge und Gefahren des Rechtspopulismus sowie die Aushöhlung der liberalen Demokratie werden in Medien, Wissenschaft, Kirchen, Parteien und in der allgemeinen Öffentlichkeit thematisiert – und Vereine der Demokratiearbeit sollen dazu schweigen?

Ziel der AfD-Kampagne ist es, unsere Arbeit zu beenden. Und das nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern in allen Bundesländern. Darum geht es im Kern, nicht um vermeintlich schwierige Kooperationspartner, Neutralitätsvorgaben oder um vorgeblich mangelnde Transparenz. Die Vergabe und die Verwendung der Mittel werden zentral im Bund sowie in Verantwortung der Länder jährlich geprüft, die Förderprogramme werden regelmäßig bewertet und modifiziert, schon allein deshalb, weil sie als Modellprogramme angelegt sind. Von Anfang an nutzen die Fraktionen der AfD ihre parlamentarischen Mittel, um gezielt gegen diejenigen vorzugehen, die sie kritisieren und gegen jene, die liberale und menschenrechtsorientierte Ansätze vertreten. Immer wieder werden einzelne Personen und Organisationen in der Öffentlichkeit benannt und unter Druck gesetzt.

Diese Entwicklung muss gestoppt werden, und es gibt viele, die sich dafür auch heute als „anständig und zuständig“ sehen. Die Arbeit der Vereine der Demokratienetzwerke ist abhängig von staatlicher Förderung, alles andere ist Augenwischerei. Wer die Finanzierung einstellt, beendet damit den Analyse- und Bildungsansatz, dass es nicht nur, aber auch einen besonderen Förderungsbedarf gibt, um die Demokratie in Deutschland zu verteidigen, zu begründen und immer wieder neu zu erarbeiten. Ein Ende unserer Arbeit wäre das Signal, dass diese Zeit und dieses Land keinen Bedarf mehr haben an Demokratieprojekten, pädagogischer Gewaltprävention, kritischer Debatte und der Unterstützung von Opfern rechter Gewalt sowie an mutigen Engagierten, die sich konkret gegen den rechtspopulistischen Zeitgeist stellen. Wir sehen das anders, viele tun dies mit uns. Wir danken allen, die uns unterstützen, damit auch wir weiter ermutigen und unterstützen können. ■

Miteinander e.V. wird 20 !!! Wir machen weiter und möchten das mit Euch und Ihnen feiern! Deshalb schon jetzt vormerken: Die Jubiläumsfeier am 13. Juni 2019 in Magdeburg.

Für das Bernburger Bündnis waren die Mitarbeiter*innen von Miteinander e.V. stets ansprechbar und verlässlich zur Stelle. Die kompetenten Beratungen waren und sind überaus hilfreich. Die gute Zusammenarbeit zeigt, wie enorm wichtig dieses und andere Beratungsteams in Sachsen-Anhalt sind. Durch sie erfährt die Zivilgesellschaft eine zuverlässige Unterstützung, die unbedingt notwendig ist. (Dr. Roland Wiermann)

„Die Mobile Opferberatung ist für mich wie Zuhause.“ (Ali B.)

Miteinander e.V. ist ein Verein, der unsere Demokratie und Verfassung stärkt, der Menschen, die durch rechte Gewalt in Not geraten, tröstet und beschützt, der Handreichungen und Schulungen zum Umgang mit Rechtsextremismus bereithält. All das ist notwendig, damit unsere Freiheit nicht weiter in Gefahr gerät. (Markus und Susanna Nierth)

„Nach dem Angriff bin ich ziemlich abgestürzt, ich hatte Angst vor den Tätern. Aber die Frauen von der Opferberatung haben mich immer wieder gefunden. Eine Anwältin hat sich vor Gericht für mich eingesetzt und die Täter haben ihre Strafe bekommen. Heute fühle ich mich wieder wie ein Mensch, ich denke nicht mehr oft daran. (Ronny)

Dank seiner faktenbasierten Beratung ist Miteinander e.V. eine feste Größe für mich in der Altmark geworden. (Ute Voigt)

LESETIPP: »LEERSTELLE RASSISMUS? ANALYSEN UND HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN NACH DEM NSU«

Der Umgang mit der rassistischen Mord- und Anschlagsserie des NSU durch Strafverfolgungsbehörden, Verfassungsschutzämter, Medien und Gesellschaft ist ein anhaltendes Beispiel dafür, wie Rassismus von denjenigen ausgeblendet werden kann, die davon nicht betroffen sind. Die Autor*innen des Sammelbandes gehen aus unterschiedlicher Perspektive der Frage nach, welche gesellschaftlichen Mechanismen auch heute dazu beitragen, dass Rassismus oftmals nicht wahrgenommen wird, gleichwohl aber Wirkung für die Betroffenen entfaltet. In den Texten werden verschiedene Handlungsfelder und Akteure wie etwa Schule, Medien und Strafverfolgungsbehörden, aber auch Formen des öffentlichen Gedenkens auf „Leerstellen“ in Hinblick auf Rassismus beleuchtet.

Darüber hinaus setzen sich Beiträge des Sammelbandes mit dem Stand von Rassismus-Forschung in Deutschland, dem Fluchtdiskurs in den deutschsprachigen Leitmedien seit 2015 und dem NSU-Komplex als Gegenstand der Aus- und Weiterbildung von Lehrer*innen auseinander.

Das Buch kann als günstigeres pdf oder in Druckfassung bestellt werden.
Tina Dürr/Reiner Becker (Hg.) (2019): Leerstelle Rassismus? Analysen und Handlungsmöglichkeiten nach dem NSU, Frankfurt/M. Weitere Informationen zum Sammelband:

www.wochenschau-verlag.de/leerstelle-rassismus-2672.html



FILMTIPP: »ZUSAMMEN HABEN WIR EINE CHANCE«

Aus der Perspektive rassismusbetroffener Menschen in Deutschland dokumentiert der Film selbstorganisierte antirassistische Bewegungen, Solidarisierung und Kämpfe gegen Rassismus, Kapitalismus und (Hetero-) Sexismus seit der Wende. Er bringt bisher nicht erzählte Geschichten und Erfahrungen verschiedener Aktivist*innen zusammen und unterstützt diese auch mit Archivmaterialien. Sie alle eint das gleiche Ziel: eine Gesellschaft, die sensibilisiert, wachsam und reflektiert mit Rassismus umgeht und ihn aktiv bekämpft. „Zusammen haben wir eine Chance!“ ist von einem Women of Color-Filmkollektiv entstanden und soll vor allem ein Gegenarrativ zu weißen-hegemonialen Darstellungs- und Erzählweisen antirassistischer Bewegungen ermöglichen.

Ein Film mit: Sanchia Basu (Bündnis gegen Rassismus), Garip Bali (Allmende e.V.), Jasmin Eding und Ria Cheatom (Adefra), Llanquiray Painemal (Respekt e.V.), Bruno Watara (No Lager Netzwerk), Ibrahim Arslan (Überlebender des Brandanschlag in Mölln 1992), Mouctar Bah (Initiative in Gedenken an Oury Jalloh). Ein Film von: Nadiye Ünsal, Zerrin Güneş (Regie), Leïla Saadna, Wassan Ali (Kamera), Nadiye Ünsal, Tijana Vukmirović, Zerrin Güneş (Schnitt), Abdulhamid Çınar (Sound).

Trailer: www.youtube.com/watch?v=WTPBvQF-RtQ

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt

- ▶ Wir unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff.
- ▶ Wir sind unabhängig und parteilich.
- ▶ Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Betroffene rechter Gewalt sowie Freund*innen, Angehörige und Zeug*innen.
- ▶ Wir intervenieren, wenn sich Betroffene rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

SALZWEDEL

Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
Tel.: (03901) 30 64 31
mobil: (0170) 2 90 41 12
oder (0175) 6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

MAGDEBURG

Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 6 20 77 52
mobil: (0170) 2 94 83 52
oder (0170) 2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

HALLE

Platanenstr. 9
06114 Halle
Tel.: (0345) 2 26 71 00
mobil: (0170) 2 94 84 13,
(0151) 53 31 88 24 oder (0175) 1 62 27 12
opferberatung.sued@miteinander-ev.de